

3. September 2026

Winkler zu Stelzers Schuldenlob: „Bilanzkosmetik auf Kosten der Gemeinden“

Landesumlagen seit 2022 um mehr als 310 Millionen Euro gestiegen - Gemeinden haben Investitionsspielraum verloren

SPÖ-OÖ-Chef und Gemeindereferent Landesrat Martin Winkler relativiert die Jubelmeldungen von Landeshauptmann Thomas Stelzer über die niedrige Pro-Kopf-Verschuldung Oberösterreichs. **„Das Land hält seine Bilanz sauber, während die Gemeinden finanziell immer stärker unter Druck geraten. Das ist Bilanzkosmetik auf Kosten der Städte und Gemeinden“**, sagt Winkler.

Besonders deutlich zeigt sich das bei den Landesumlagen: **2022 mussten die oberösterreichischen Gemeinden rund 963 Millionen Euro bezahlen, 2026 werden es hochgerechnet bereits rund 1,274 Milliarden Euro sein. Das ist ein Anstieg um mehr als 310 Millionen Euro oder rund 32 Prozent in nur vier Jahren.** Gleichzeitig fehlen den Gemeinden rund 100 Millionen Euro bei den Bedarfszuweisungen.

„Die Gemeinden mussten in den vergangenen Jahren Rücklagen auflösen, um ihre laufenden Aufgaben überhaupt noch finanzieren zu können. Jetzt fehlen vielerorts die Eigenmittel für Investitionen. Dann werden Straßen nicht saniert, Feuerwehrrhäuser verschoben, Kinderbetreuung nicht ausgebaut und Aufträge an regionale Betriebe fallen weg“, so Winkler.

Wie dramatisch die Entwicklung ist, zeigt auch eine aktuelle KDZ-Analyse zu den oberösterreichischen Gemeindefinanzen: **Von einem Euro Ertragsanteilen bleiben den Gemeinden nach Abzug der Umlagen 2025 nur noch 26 Cent.** Oberösterreich weist damit eine besonders hohe Umlagenbelastung auf.

„Wer die Verschuldung des Landes niedrig hält, indem er die Gemeinden immer stärker belastet, hat kein Finanzwunder geschaffen. Er verschiebt das Problem nur eine Ebene nach unten und macht dort die Gebarung kaputt“, kritisiert Winkler.

Winkler fordert daher erneut eine dauerhafte Entlastung der Gemeinden, die Umlagenbelastung muss auf den österreichischen Durchschnitt reduziert werden. Damit würden den oberösterreichischen Städten und Gemeinden jedes Jahr mehr als 200 Millionen Euro zusätzlich für ihre Aufgaben und Investitionen bleiben.

„Gemeinden brauchen wieder Luft zum Investieren. 200 Millionen Euro mehr pro Jahr bedeuten mehr Spielraum für Kinderbetreuung, Schulen, Straßen und Feuerwehren und gleichzeitig mehr

Aufträge und Arbeitsplätze in den Regionen. Das wäre nachhaltige Finanzpolitik statt schöner Zahlen auf dem Papier“, so Winkler.

Rückfragehinweis: Mario Hauser, 066488461755, mario.hauser@spoe.at